

Lüneburg: 19-Jährige bestialisch von „Flüchtling“ ermordet



Von MANFRED W. BLACK | Die 19-jährige Jana D. ist in Lüneburg vor vier Tagen erstochen in ihrem Auto gefunden worden. „Die Beamten haben bereits einen Verdächtigen“ („Hannoversche Allgemeine Zeitung“).

Seit Tagen veröffentlichen Medien wie die „HAZ“, die „Lüneburger Landeszeitung“ („LZ“), das „Hamburger Abendblatt“ und auch der „NDR“ kaum Einzelheiten über den Täter. Obwohl Polizei und Medien anscheinend wissen, dass der Messerstecher ein abgelehnter Asylbewerber ist. Skandalös: Der Lüneburger Oberbürgermeister verniedlicht die grausame Tat.

Der Vater entdeckt den Leichnam seiner eigenen Tochter

Es hieß in der „LZ“, die mutmaßliche Tatwaffe sei in der Nähe des Tatorts gefunden worden, als tatverdächtig gelte ein „Bekannter“ von Jana D.. Andere Medien schreiben, bei dem Mörder handele es sich um den „Freund“ des Opfers.

Die „LZ“ berichtete, dass der Vater der 19-Jährigen den Leichnam seiner eigenen Tochter am frühen Morgen, gegen 3 Uhr, entdeckt hat. Auf einem Parkplatz im Lüneburger Ortsteil Schützenplatz – in einem von der Tochter genutzten Auto. Das Opfer habe laut Polizei „mehrere Verletzungen“ aufgewiesen, die mutmaßlich zum Tod geführt hätten.

Der Vater suchte nach seiner Tochter, zuvor hatte er vergeblich zu Hause auf sie gewartet. Medienberichten zufolge arbeitete das Opfer am Abend vor der Tat in einem Lüneburger Lokal, das einen Außer-Haus-Verkauf anbietet.

Zuerst legt die „Bild“-Zeitung die Fakten auf den Tisch

Am 20. Januar waren auch in der „Bild-Zeitung“ keine genaueren Angaben über den Messerstecher zu lesen. Es hieß nur: „Weitere Informationen zu dem (beruflichen) Hintergrund des Beschuldigten wollte die Staatsanwaltschaft aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht mitteilen.“

Am 21. Januar veröffentlichte die „Bild“ tagsüber – als einziges Medium – nähere Angaben zu dem Täter. Die Tageszeitung berichtete, noch im letzten Monat hätten Jana D. und ihr späterer Mörder mit dem Namen „Fares A.“ gemeinsam Weihnachten gefeiert. „Bild“ präsentierte sogar ein – verpixeltes – Foto, auf dem sich das ungleiche Paar küsst.

Es wurde ebenfalls darüber informiert, dass der Täter, der offenbar bei seinen Eltern wohnt, ein Asylant sei, dessen Antrag auf Asyl lange vor der Tat abgelehnt worden ist und der längst hätte abgeschoben werden müssen.

Der Messerstecher wurde demnach – wie Millionen andere „Zugewanderte“, deren Asylbegehren offiziell abschlägig beschieden worden ist – einfach weiter hier „geduldet“. Sicherlich mit allen üblichen Sozialleistungen rund um die Uhr. Diese weithin übliche Fehlentscheidung der zuständigen Behörden hat nun dieser jungen Frau das Leben gekostet.

„Bild“ beugt sich der PC – OB von Lüneburg bagatellisiert das Verbrechen

In späteren Fassungen des „Bild“-Berichtes sind allerdings alle Angaben auf den „Flüchtlings“-Status des Messerstechers gelöscht.

Offensichtlich ist der zuständige Redakteur zurückgepfiffen worden. Über unangenehme Fakten zur „Flüchtlings“-Politik der Angela Merkel soll, wenn es irgend geht, nichts an die Öffentlichkeit dringen. Auch die „Bild“-Zeitung soll sich offensichtlich der verlogenen Political Correctness (PC) beugen.

Skandalös hat der Oberbürgermeister von Lüneburg, Ulrich Mädge (SPD), auf die schreckliche Tat reagiert. Er verharmloste laut der Heilbronner Zeitung den Messer-Mord mit Worten, die für die Eltern der Ermordeten wie blanker Hohn klingen müssen: „Wir wissen alle, dass dort, wo Menschen zusammenleben, immer auch die schlimmsten Dinge passieren können, auch in der Nachbarschaft – aber das Wissen ist das eine. Wenn es dann tatsächlich passiert, kann man es kaum fassen.“

Wie hätten die Medien bei einer ermordeten Muslimin berichtet?

Wäre das Opfer eine „Muslimin“ gewesen und der Mörder ein „Herkunfts-Deutscher“, hätten sicherlich sämtliche Zeitungen in Deutschland alle verfügbaren sozialen Daten zur Getöteten und zum Killer veröffentlicht.

Wenn es sich aber um einen gewaltverbrecherischen „Flüchtling“ handelt, herrscht im Blätterwald plötzlich dröhnendes Schweigen, wenn es darum gehen müsste, die Bevölkerung wenigstens annähernd ausreichend über die Hintergründe des jeweiligen Verbrechens zu informieren.

So eine flächendeckende, manipulierende Berichterstattung findet hierzulande täglich statt, obwohl in Deutschland doch angeblich „Pressefreiheit“ herrscht.